

Der Brunnerbrief

No. 17/2018 – 19.10.2018



Hier auf der USS Pinckney, danach ging es zur NASA. Bei meiner USA-Reise mit NATO-Parlamentariern des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie konnte ich vieles klären. Vor allem: Die USA ist viel mehr als der Wirrkopf Trump.

Konkreter Mieterschutz statt Phrasen und Parolen

Ich weiß, dass einige von euch hier jetzt eine Analyse zur Wahl in Bayern und der Gesamtsituation der SPD erwarten. Ich halte mich da aber bewusst zurück. Niemand ist geholfen, wenn ich euch jetzt Durchhalte- und Erklärparolen um die Ohren schlage.

Ihr alle habt eure eigenen Erfahrungen im Wahlkampf gemacht, die genauso viel oder wenig Aussagekraft haben, wie meine eigenen.

Die Lage ist ernst, das muss ich niemandem erklären. Wir brauchen nicht überstürzt - aber schnell - eine Idee davon, wohin es mit der SPD in Bayern und Deutschland gehen soll. Dass es uns noch braucht, davon bin ich überzeugt!

Das hat sich auch diese Woche im Bundestag gezeigt, wo wir das Mieterschutzgesetz von Katharina Barley beraten:

Wir stärken die Rechte der Mieterinnen und Mieter im Umgang mit Modernisierungsmaßnahmen. Wurde eine Wohnung modernisiert, darf die Miete pro Quadratmeter monatlich nur noch um maximal 3 Euro innerhalb von 6 Jahren erhöht werden – bundesweit. Gegen unzulässig hohe Mieten können Mieterinnen und Mieter einfacher vorgehen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.

Die Modernisierungumlage senken wir in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt deutlich.

Und wir gehen hart gegen Spekulanten vor, die Mieter gezielt verdrängen. Wer Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen rausmodernisieren will, muss künftig mit einem Bußgeld von bis zu 100.000 Euro rechnen. Mieterinnen und Mieter erhalten einen Anspruch auf Schadensersatz.

Diese Maßnahmen haben wir diese Woche in den Bundestag eingebracht. Das ist handfeste Politik für Mieterinnen und Mieter.



www.facebook.com/Brunner.SPD

Gute-Kita-Gesetz

Und da hört es nicht auf. Diese Woche stand auch das sogenannte „Gute-Kita-Gesetz“ im Fokus, das Franziska Giffey auf den Weg gebracht hat:

Ich finde, es darf einfach kein Luxus sein, sein Kind in eine Kita zu geben! Deswegen investieren wir in mehr Qualität und weniger Gebühren. Es soll es die Familien entlasten und die frühkindliche Bildung fördern. Die Gebührenfreiheit der Kitas wird weiter ausgebaut.

Gleichzeitig müssen wir den Ausbau der Kitaplätze vorantreiben und auf eine gute Qualität in der Betreuung achten. Was nützt es, wenn Erzieher mit zwanzig kleinen Wirbelwinden allein sind?

Die Kleinen müssen spielen! Zugleich haben viele die Erfahrung gemacht, was auch Studien belegen: Gute Betreuung, frühkindliche Bildung und Förderung haben erheblichen Einfluss auf den weiteren Werdegang des Kindes. Hier werden Wege geebnet, die sich übrigens auch als hervorragende Schlüssel zur Integration erweisen.

Um dies alles zu erreichen, unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit 5,5 Milliarden Euro bis 2022. Das „Gute-Kita-Gesetz“ ist der Teil des größten Haushalts-etats im Familienministerium in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit 10,3 Milliarden Euro zeigen wir, was uns wichtig ist: Sozialer Zusammenhalt, Familie und die Zukunft unserer Kinder!

Für ein starkes Europa

Bei allen nationalen Problemen und Herausforderungen wird manchmal das Große Ganze übersehen. Lasst uns nicht vergessen, dass wir ein Teil eines großen Zusammenhanges sind. Wir sind Mitglied der Europäischen Union!

Diese Union ist das Beste was unserem Kontinent passieren konnte. Abgesehen von allen wirtschaftlichen Interessen, beschert uns die Europäische Union die längste Friedenperiode, die wir in Mitteleuropa je gesehen haben. Sie sichert unseren Wohlstand, ist aber auch die Antwort auf globale Herausforderungen unserer Zeit.

Deutschland darf sich nicht weiter um seine Verantwortung drücken, der EU die Reformen zu geben, die dieses Bündnis der Demokratie dringend braucht.

Europa hat nur dann eine Zukunft, wenn diese Zukunft vor allem auf soziale Themen und Solidarität gerichtet ist. Daher haben wir uns entschlossen, Katarina Barley zur Spitzenkandidatin für bevorstehenden Wahlen zum EU-Parlament zu nominieren. Sie soll im Sinne der deutschen Sozialdemokratie für ein Europa kämpfen, das nicht nur Banken und Großkonzernen zum Vorteil gereicht, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen! Du freue ich mich kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meines Wahlkreisbüros in Neu-Ulm stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

